

EU-Kohäsionspolitik

## Fast 60 Prozent der Hilfen nur hin und her geschoben

Die Europäische Union fördert mit großem Aufwand ihre Regionen, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft zu verbessern. Von 2007 bis 2013 sollen für die Kohäsionspolitik laut einem Vorschlag der EU-Kommission nahezu 375 Milliarden Euro ausgegeben werden. Dabei sind nicht nur 264 Milliarden Euro zur Unterstützung der wirtschaftlich schwächsten Gebiete vorgesehen; unter anderem sollen auch die regionale Wettbewerbsfähigkeit und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit 58 bzw. 13 Milliarden Euro gefördert werden.

Die Wirksamkeit dieser umfassenden Hilfen ist jedoch stark umstritten. Statt eine Vielzahl von Regionen nach den unterschiedlichsten Kriterien direkt zu subventionieren, sollten daher nur die ärmeren Mitgliedstaaten aus einem Fonds gefördert werden, in den allein die wohlhabenderen Länder einzahlen. Mit der Maßgabe, die Brüsseler Gelder für Wachstumsw Zwecke zu verwenden, können die unterstützten Länder dann selbst entscheiden, wo die Mittel den größten Ertrag bringen. Ein solcher Schwenk von der Kohäsions- zur Wachstumspolitik würde zudem die ausgeuferte Umverteilung innerhalb der EU eindämmen. Im bisherigen System zahlten die 15 EU-Staaten im Schnitt der Jahre 1995 bis 2003 zusammen gut 25 Milliarden Euro in die kohäsionspolitischen Töpfe ein. Fast 60 Prozent davon – nahezu 15 Milliarden Euro pro Jahr – wurden jedoch nicht gezielt von den reichen an die armen Länder weitergegeben, sondern kreuz und quer zwischen den einzelnen Staaten umverteilt.

**Berthold Busch: EU-Kohäsionspolitik – Entwicklung, Bestandsaufnahme und Reformvorschläge, IW-Analysen Nr. 8, Köln 2004, 96 Seiten, 14,80 Euro. Bestellung über Fax: (02 21) 49 81-4 45 oder im Internet unter: [www.divkoeln.de](http://www.divkoeln.de)**

Gesprächspartner im IW: Dr. Berthold Busch, Telefon: (02 21) 49 81-7 62

## EU-Kohäsionspolitik

# Das Wachstum fördern

**Mit großem Aufwand fördert die EU ihre Regionen, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft zu verbessern. Von 2007 bis 2013 sollen für diese Kohäsionspolitik weit mehr als 300 Milliarden Euro aufgebracht werden. Dabei ist schon heute umstritten, inwieweit die Mittel ihren Zweck erfüllen. Experten empfehlen, die breit gestreuten Regionalhilfen durch eine wachstumsfördernde Unterstützung der ärmeren Staaten zu ersetzen.\*)**

Damit in einem vielköpfigen Haushalt keiner zu kurz kommt, müssen sich alle Mühe geben. In der großen EU-Familie reicht das allerdings nicht aus. Damit die wirtschaftlich schwächeren Regionen zu den Stärkeren aufschließen können, lässt die Europäische Union vielmehr einiges springen: Von 2000 bis 2006 werden allein die 15 alten Mitgliedsländer im Zuge der Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts – der so genannten Kohäsionspolitik – mit 213 Milliarden Euro unterstützt.

Der Löwenanteil hiervon – knapp 128 Milliarden Euro – kommt denjenigen Regionen zugute, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) weniger als 75 Prozent des EU-15-Durchschnitts erreicht. In europäischer Amtssprache werden sie als Ziel-1-Regionen bezeichnet.

Mit der jüngsten Erweiterung um acht mittel- und osteuropäische Länder sowie dem für 2007 vorgesehenen Beitritt von Bulgarien und Rumänien muss sich die EU noch mehr ins Zeug legen. Schließlich ist der Unterschied zwischen Arm und Reich deutlich größer geworden. So betrug das Verhältnis des Pro-Kopf-BIP der wirtschaftlich schwächsten zu den stärksten Regionen, in denen jeweils 10 Prozent der Bevölkerung leben, in der EU-15 zuletzt etwa 1 zu 2,6. Mit der Erweiterungsrunde 2004 hat sich die Relation auf 1 zu 4,3 ver-

größert. Nach der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens dürfte sie sogar auf 1 zu 5,8 steigen.

Um dieses Gefälle verringern zu können, werden die kohäsionspolitischen Mittel künftig wohl kräftig aufgestockt. Gemäß dem Vorschlag der Europäischen Kommission sollen im Schnitt der Jahre 2007 bis 2013 in der 27er-EU 0,46 Prozent des BIP für die wirtschaftliche und soziale Annäherung bereitstehen.

**Im gesamten Zeitraum 2007 bis 2013 würden demnach nahezu 375**

\*) Vgl. Berthold Busch: EU-Kohäsionspolitik – Entwicklung, Bestandsaufnahme und Reformvorschläge, IW-Analysen Nr. 8, Köln 2004, 96 Seiten, 14,80 Euro. Bestellung über Fax: (02 21) 49 81-4 45 oder im Internet unter: www.divkoeln.de

### EU-Kohäsionspolitik: Gelder fließen quer durch Europa

Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU-15 im Jahresdurchschnitt von 1995 bis 2003 in Millionen Euro

	Zahlungen	Rückflüsse	Saldo
(D)	6.502	3.455	-3.048
(F)	4.376	2.007	-2.370
(UK)	3.255	1.658	-1.597
(NL)	1.569	268	-1.301
(B)	999	294	-705
(S)	718	239	-479
(DK)	513	113	-400
(A)	632	267	-365
(FIN)	364	266	-97
(L)	62	16	-46
(I)	3.232	3.280	48
(IRL)	302	983	681
(GR)	407	2.427	2.020
(P)	359	2.867	2.507
(E)	1.865	7.016	5.151
<b>Insgesamt</b>	<b>25.155</b>	<b>25.155</b>	<b>0</b>

Ursprungsdaten: Europäische Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Milliarden Euro für die EU-Kohäsionspolitik ausgegeben.**

Das Gros – rund 336 Milliarden Euro – ist für drei grundsätzliche Zwecke vorgesehen (Grafik):

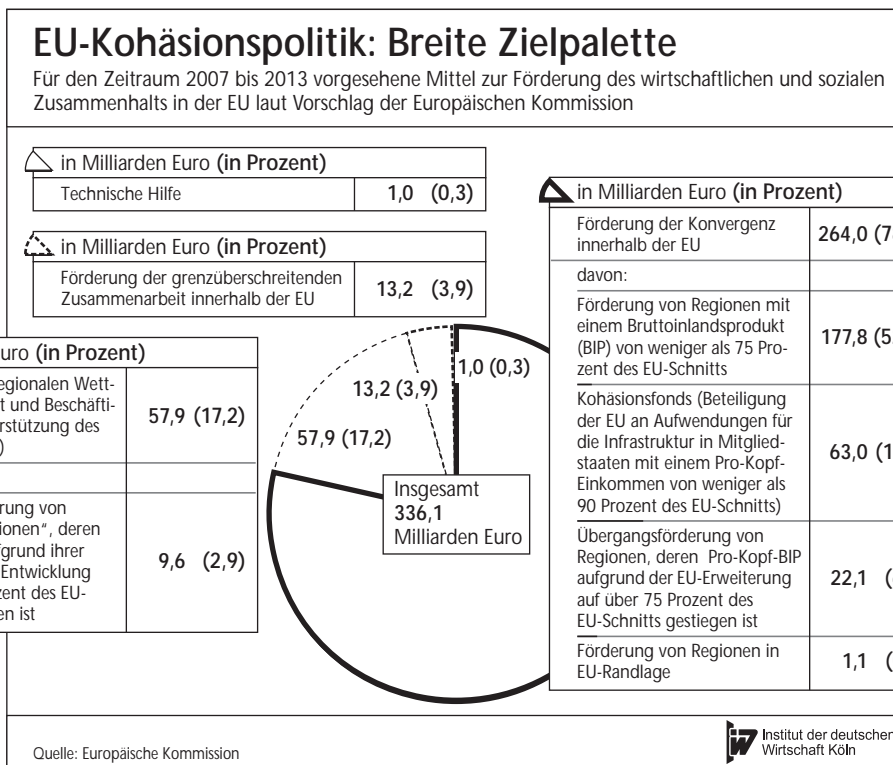
**1. Konvergenz.** Unter diesem Stichwort werden alle Hilfen für die wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Regionen zusammengefasst – von 2007 bis 2013 sind insgesamt 264 Milliarden Euro vorgesehen. Darunter fällt neben den Hilfen für die Ziel-1-Regionen auch eine Übergangsförderung für jene Gebiete, die allein aufgrund der Erweiterungsrunde nun mehr als 75 Prozent des EU-Mittels erwirtschaften – ohne tatsächlich reicher geworden zu sein. Außerdem beteiligt sich die Staatengemeinschaft auch an der Verbesserung der Verkehrs- und Umweltinfrastruktur in den weniger wohlhabenden Mitgliedsländern.

**2. Regionale Wettbewerbsfähigkeit.** Aus diesem zwischen 2007 und 2013 möglicherweise mit rund 58 Milliarden Euro gefüllten Topf werden vor allem bestimmte Regionen gefüttert, die mit dem Strukturwandel zu kämpfen haben.

**3. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit.** Unter diesem neuen Titel will die Kommission in der nächsten Finanzplanungsperiode den Regionen entlang den EU-Binnen- und Außengrenzen gut 13 Milliarden Euro zukommen lassen. Diese sollen damit unter anderem die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Beziehungen fördern.

Grundsätzlich will die Kommission kohäsionspolitische Wohltaten weiterhin allen Mitgliedstaaten zuteil werden lassen; rückständige Regionen sollen besonders unterstützt werden. Dieses Konzept mag gut gemeint sein – gut ist es deshalb noch lange nicht. Kritisiert werden zwei wesentliche Punkte:

**• Wirksamkeit umstritten.** Nach Angaben der Europäischen Kommission sind die so genannten Ziel-1-Regionen schneller gewachsen als andere Gebiete in der EU. Es ist aber völlig unklar, ob es die EU-Fördermittel waren, die den betreffenden Regionen auf die Beine geholfen haben. Unabhängige Studien kommen vielmehr zu dem Ergebnis, dass



z.B. eine investitionsfreundliche Wirtschaftspolitik zumindest genauso gute Dienste geleistet hat.

**• Wachstumsaspekt vernachlässigt.** Auch weil die EU prinzipiell nur dort aktiv werden soll, wo die einzelnen Mitgliedstaaten eine Aufgabe selbst schlechter bewältigen könnten, fordern Experten eine Abkehr von der bisherigen Kohäsionspolitik. Statt eine Vielzahl von Regionen nach den unterschiedlichsten Kriterien direkt zu subventionieren, sollten gezielt die ärmeren Mitgliedstaaten aus dem EU-Haushalt gefördert werden. Mit der Maßgabe, die Brüsseler Gaben für Wachstumsw Zwecke zu verwenden, können die Länder dann selbst entscheiden, wo die Fördermittel den größten Ertrag bringen.

Der Abbau regionaler Unterschiede in Sachen Wirtschaftskraft würde so hinter das Ziel zurücktreten, die Wachstumszentren zu stärken – aus gutem Grund. Denn wo knappe Gelder etwa in Regionen mit veralteten Industrien gepumpt werden, fehlen sie dort, wo z.B. die für eine blühende Wirtschaft nötige moderne Infrastruktur aufgebaut werden soll. Unterm Strich werden damit Wachstumchancen verschenkt.

Ein Schwenk von der Kohäsions- zur Wachstumspolitik könnte zudem die ausgeferte Umverteilung innerhalb der EU

eindämmen. Im bisherigen System zahlten die 15 EU-Staaten im Schnitt der Jahre 1995 bis 2003 zusammen gut 25 Milliarden Euro in die Kohäsionstöpfe ein. Profitiert haben davon vor allem die Südländer (Grafik Seite 6):

**Spanien kassierte zwischen 1995 und 2003 jährlich netto mehr als 5,1 Milliarden Euro an Kohäsionsförderung, Portugal und Griechenland erhielten 2,5 bzw. 2 Milliarden Euro.**

Zusammen bekamen die Nettoempfänger jährlich 10,4 Milliarden Euro.

**Fast 60 Prozent aller kohäsionspolitischen Mittel – nahezu 15 Milliarden Euro – wurden nicht gezielt von den reichen an die armen Länder weitergegeben, sondern kreuz und quer zwischen den Staaten umverteilt.**

Eine sinnvolle wachstumsfördernde Politik wäre dagegen mit einem Fonds zu finanzieren, in den nur die reichen Mitgliedstaaten einzahlen und der lediglich die ärmeren Länder unterstützt. Netto würde die Finanzposition dabei nicht angetastet. Im Beispiel der Jahre 1995 bis 2003 wäre Deutschland demnach weiterhin mit gut 3 Milliarden Euro zur Kasse gebeten worden. Gleichwohl hätte die Bundesrepublik aber nicht fast 3,5 Milliarden Euro an den EU-Haushalt abführen müssen, die sie dann von Brüssel wieder zugesteckt bekommt.